

Graf Hertling über die Friedensfragen.

München, 23. Okt. (Priv.-Tel.) Bei der Beratung des Haushaltsplanes für das Ministerium des Aeußern in der Abgeordnetenlammer führte Ministerpräsident Graf Hertling aus:

Als ich am 28. September in der Reichsratslammer sprach, stand der Friedensappell des Papstes im Vordergrund der Betrachtung. Die Mittelmächte hatten in ihren Antwortnoten die Bereitwilligkeit ausgesprochen, in Friedensverhandlungen einzutreten. Von den Feinden hatte nur Wilson in seiner faßsam bekannten Note geantwortet. Von den anderen steht die Antwort auch heute noch aus. Wirklich näher gekommen sind wir dem Frieden, soweit wir sehen können, um keinen Schritt. Aber unerbittlicher als je haben die Gegner ihre wirklichen Kriegsziele erkennen lassen. Das England vor allem den deutschen Handel vernichten will, ist bekannt. Zu diesem längst bekannten, von Anfang an für Englands Beteiligung am Krieg bestimmten Ziel ist nun aber noch ein anderes hinzugekommen. Wir kennen es jetzt, und die Auslagen der englischen Staatsmänner haben es jetzt bestätigt. Es ist die Wiedereroberung von

Elb-Lothringen.

Dazu haben sich England und ebenfalls Rußland Frankreich gegenüber verpflichtet. Darum also lassen sie Hunderttausende ihrer Söhne im vergeblichen Ansturm gegen unsere Fronten verbluten und wenden alle Kräfte auf, damit jene Provinzen, die vor mehr als zweihundert Jahren durch Betrug und Gewalt vom alten Reich losgerissen wurden, die wir 1870 in ehrlichem Kampf zurückgewonnen haben, deren Abtretung im Frankfurter Frieden ihre Bestätigung gefunden hat, deren Bewohner zu mehr als 80 Prozent nach Sprache und Abstammung Deutsche sind, ihnen zufallen. Damit ist die Maske gefallen, und das Vorgehen, es handle sich für die Alliierten darum, den deutschen Imperialismus und die Eroberungssucht Deutschlands zurückzuweisen, ist in seiner vollkommenen Haltlosigkeit und Lügenhaftigkeit offenbar geworden. Schon jetzt steht fest, daß die Schuld für die Fortsetzung des Krieges ganz und ausschließlich auf die Alliierten fällt. Deutschland kämpft um seine Existenz, für die Sicherheit seiner Grenzen, für die Freiheit seiner friedlichen Entwicklung. Sobald uns das gewährleistet wird, sind wir zum Frieden bereit, aber selbstverständlich darf kein Fußbreit deutschen Bodens preisgegeben werden. Das „Niemals“, das jüngst der Staatssekretär v. Hülfmann ausgesprochen, hat im ganzen Reiche ein tausendfaches Echo gefunden. Und so sind die Aspirationen unserer Feinde auf Elb-Lothringen in der Tat zu einem Haupthindernis für eine Verständigung geworden.

Daß aber daneben die heftigsten Pläne der Entente unserer Verbündeten gegenüber noch unverändert fortbestehen, steht außer Zweifel. Wenn die Machthaber in Frankreich trotz der furchtbaren Opfer aufs neue ihre Völker durch die zur Schau getragene Siegeszuversicht aufpeitschen, so ist es die Hoffnung auf die Mithilfe Amerikas, worauf sie sich dabei stützen. Daß Amerika in den Krieg eintrat, nur damit in dem rückständigen Deutschland demokratische Ideen zum Durchbruch gelangen, das glaubt wohl auch Präsident Wilson nicht. Käme ein Sieg der Entente nur mit Hilfe Amerikas zustande, so würde dies bedeuten, daß von nun an Amerika an die Stelle Englands träte. Amerika würde mit seiner Flotte die Meere beherrschen und dem Welthandel Ziele und Grenzen weisen als Weltbankier.

„Amerika gegen Europa“

das ist der Charakter, den durch die Schuld der Entente der Kampf mehr und mehr anzunehmen droht. Und darum kämpfen die Mittelmächte und ihre Bundesgenossen nicht mehr nur für sich, sie kämpfen für die Unabhängigkeit Europas. Wenn ich damit in erster Linie der Schweiz als eines Neutralen gedenke, der sich nicht in den Kampf hineinzwingen läßt, so veranlassen mich dazu die engen nachbarlichen Beziehungen, die uns hier im Süden mit der Schweiz verbinden, und die geographische Lage, die die Schweiz ganz besonders dem feindlichen Druck aussetzt. Aber die ganz gleichen Gesinnungen erfüllen uns gegenüber den anderen Neutralen. Ein Sieg der Entente über die Mittelmächte würde die Oberherrschaft Amerikas herbeiführen. Aber zu einem solchen Siege wird es nicht kommen.

Wir haben allen Anlaß, dem schließlichen Ausgang des großen Ringens mit voller Zuversicht entgegenzusehen. Auch wirtschaftlich und in der Ernährungsfrage werden wir durchhalten. Das überaus erfreuliche Ergebnis der 7. Kriegsanleihe ist ein sprechendes Zeugnis für die unveränderte Leistungsfähigkeit und die Opferbereitschaft des deutschen Volkes. Da die Gegner militärische Erfolge nicht aufweisen können, greifen sie wieder zu den Waffen der Schmähung und Verleumdung. Bewahren wir demgegenüber eine würdevolle Zurückhaltung im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache und in der Hoffnung, daß die Wahrheit zum Siege gelangt.

Und wenn die Feinde es unternommen haben, sich in unsere inneren Verhältnisse einzumischen, so haben sie damit die gegenteilige Wirkung erzielt. Der plumpe Versuch Wilsons ist in Deutschland nur auf Entrüstung gestoßen. Der Wert der monarchischen Institution, der geschichtlich gewachsenen konstitutionellen Monarchie, wie wir sie in Deutschland besitzen, wird uns neuerdings ins Bewußtsein gerufen. Daß darum bei uns alles vortrefflich und nicht der Verbesserung bedürftig wäre, soll damit nicht behauptet werden. Wiederholt und an verschiedenen Stellen ist der Ruf nach einer

Neuorientierung

laut geworden und auch da und dort als berechtigt anerkannt worden. Die bayerische Staatsregierung hat es sich stets angelegen sein lassen und betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, Gesetzgebung und Verwaltung den berechtigten Ansprüchen der Zeit anzupassen, wenn sie es auch andererseits ablehnen muß, an die geschichtlichen und bewährten Grundlagen des Staatswesens zu rühren. Das Erforderliche ist von der Regierung in die Wege geleitet. Ein Gesetzentwurf über Veränderungen in der Ersten Kammer ist in Vorbereitung und wird dem Landtag noch zugehen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, hier eine befriedigende Lösung zu finden. Die Beanstandung des zur Zeit in Kraft bestehenden Wahlgesetzes für die Kammer der Abgeordneten kann sich nur auf die Wahlkreiseinteilung beziehen, die seinerzeit vom Haus selbst gewünscht wurde. Unter diesen Umständen konnte es die Staatsregierung nicht als ihre Aufgabe ansehen, ihrerseits eine neue gesetzliche Regelung vorzuschlagen, sie mühte abwarten, ob und welche Wünsche von der anderen Seite laut würden. Sollte dies der Fall sein, so wird die Regierung diese Wünsche vorurteilslos prüfen und gegebenenfalls zu zweckmäßiger Abänderung die Hand bieten. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Aber lassen wir jetzt, so lange der Krieg dauert, alle politischen Streitpunkte zurücktreten! Einigkeit und Entschlossenheit, das ist das Gebot der Stunde. Politische Meinungsverschiedenheiten auszutragen, ist nach dem Kriege Zeit. Jetzt heißt es, einmütig zusammenzusehen zu Kaiser und Reich, das ist die Parole für Fürsten und Völker, für Nord und Süd. Nur ein Wille darf das gesamte Volk befehlen: Ausharren und Durchhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden. Nicht ein Vergleichsfrieden soll es sein, nach all den furchtbaren Opfern, die gebracht wurden, kein Eroberungsfrieden, der nur die Quelle neuer kriegerischer Verwicklungen würde, sondern ein Friede, der die Gewähr der Dauer und einen auf gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen beruhenden Wettbewerb der Völker Europas im Wirken für Kultur und Menschheit in sich enthält.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Führer der Zentrumsfraktion Abg. Held. Er sprach von dem Verhältnis Bayerns zum Reich und meinte, von dem Milliardenjagen habe Bayern wenig gespürt. Held sagte: Bayern ist ärmer geworden. Darum gilt es neue wirtschaftliche Erschließungen, Förderung der Industrie und Hebung der Bodenschätze und Wasserkräfte, Ausbau der Wasserstraßen, besonders der Donau-Maintrabe, die große Gefahr läßt, wenn die Regierung nicht mit Hilfe des Reiches alle Kraft einsetzt. Die Freude am Reich ist in Bayern unerschmälert, aber gefordert muß werden die Einhaltung des Grundgesetzes: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Der Einfluß Bayerns im Reich muß gehoben werden. Ueberflüssig ist das Parteigezänze, überflüssig vor allem die Vaterlandspartei, die den Streit nur vermehrt, überflüssig ist auch der konfessionelle Haß. Die

Frage der Neuorientierung hätte bis nach dem Kriege verschoben werden sollen im Interesse der Feldgrauen und im Interesse des inneren Friedens. Demokratisierung und Parlamentarisierung hält das Zentrum für fremde Schlagwörter. Die Fühlungnahme zwischen Regierung und Volksvertretung dürfte allerdings enger werden. Die Reform der Reichsratslammer macht das Zentrum nur mit, soweit keine Schmälerung der Kronrechte in Betracht kommt. Eine Aenderung des Landtagswahlgesetzes hält das Zentrum nicht für nötig. Der Friedensresolution des Reichstages steht auch die bayerische Zentrumsfraktion genau so gegenüber, wie es die Frankfurter Parteientscheidung zum Ausdruck gebracht hat.